

Leipzig - ausnahmsweise ohne Karabiner

Es gibt zuviel Widersprüche im Sowjetzonenport

In Leipzig findet gegenwärtig das „II. Deutsche Turn- und Sportfest“ statt, zu dem SED und FDJ „die friedliebende Jugend ganz Deutschlands“ geladen haben. Leipzig, das in den vergangenen Jahren recht häufig Schauplatz militanter FDJ-Demonstrationen war, stellt sich uns diesmal ausnahmsweise ohne Karabiner und Fallschirmspringer in GST-Formationen vor. Die organisierte Sportjugend der Zone durfte den Schießplatz für vier Tage mit der Aschenbahn vertauschen. Und die Veranstalter sind nicht schlecht erstaunt, daß die zahlreich geladenen „westdeutschen Vertreter“ höflich, aber bestimmt ihre Absage erklärten. Der Grund dafür liegt nicht etwa — wie einige SED-Sprecher erklärten — in einem „Verbot seitens der Bundesregierung“, sondern ist vielmehr im Charakter des Sowjetzonensportes selbst zu suchen.

Die sowjetzonale Sportbewegung hat alle Mittel, die ihr für den reinen Sport noch zur Verfügung stehen, in dieses Treffen investiert. In Leipzig entstand das „Stadion der 100 000“, ein unter immensen Unkosten errichteter Bau, und die SED hat rund vier Millionen Ostmark allein für Reisekosten, Unterbringung und Spesengelder der erwarteten westdeutschen Gäste zur Verfügung gestellt.

Zu einem Zeitpunkt, als man sich in westdeutschen Sportkreisen auf die Olympiade vorbereitete, hintertrieb die SED die Aufstellung einer gesamtdeutschen Olympiavertretung zugunsten ihres Leipziger Festprogramms. Von der Ostpresse wurde das Leipziger Treffen im voraus als eine „Sportschau von bisher in Deutschland nie erreichter Schönheit“ ausgewiesen. **Seltsame Parolen**

Dies alles hätte man hingegen, wäre nicht rechtzeitig eine andere Absicht der SED bekanntgeworden. Die Kommunisten gedenken diese Veranstaltung für ihre Propagandakampagne gegen die Wehrpflicht in der Bundesrepublik und für ihre neuen „gesamtdeutschen Forderungen“ auszuwerten. „Abwerber“ aus dem „Deutschen Sportschuß“ hatten bereits feste Aufträge, west-

deutsche Sportler zum Verbleib in der Sowjetzone anzuregen. Die FDJ beispielsweise war ihrer Sache so sicher, daß sie Vorbereitungen für eine anschließende Konferenz mit „jungen westdeutschen Patrioten“ traf, die in der Sowjetzone um Asyl nachsuchen wollten.

Als es für die SED feststand, daß sie kaum einen westdeutschen Teilnehmer nach Leipzig bekommen würde, errichtete sie auf Westberliner S-Bahnhöfen Meldestellen für Leipzig-Fahrer. Den Interessierten wurden Freifahrten, Hotel-Unterbringung und Tagesspesen von 15 Ostmark geboten. Die SED vergaß, daß es heute keinen Westberliner gibt, der nicht wüßte, wie ihm gerade die SED den kleinsten Zonengrenze verwehrt. Es gehörte schon ein erhebliches Maß politischer Ignoranz dazu, gerade unter denen für Leipzig zu werben, die man sonst, wenn sie mit ihrem Padelboot auch nur einen Meter die „Demarkationslinie“ überfahren, von der Volkspolizei aufbringen läßt.

Obwohl die „Hochschule für Körperkultur“ in Leipzig jährlich unzählige Absolventen aller sportlichen Disziplinen entläßt, obwohl es in der gesamten Sowjetzone zahlreiche Sportschulen gibt, ist es beispielsweise dem

Zonenministerium für Volksbildung nicht möglich, die an den Schulen fehlenden 3200 Sportlehrer aufzutreiben. Vor allem in den ländlichen Bezirken kenndie Schulkinder kaum noch einen regulären Sportunterricht. An den Ostberliner Berufsschulen wurde dieser Unterricht fast überall eingestellt, weil die Lehrer zur GST und zur Armee abgewandert sind. Wer heute im jugendlichen Alter in der Sowjetzone Sport treiben will, kann dies praktisch nur noch im Rahmen der vormilitärischen Ausbildung tun.

Es ist schon ein echtes Stück SED-Politik, wenn für das Leipziger Sportfest Millionenbeträge hinausgeworfen werden, obgleich die ländlichen Schulen nicht einmal Geld für die primitivsten Sportgeräte bekommen. Der gesamte Zonenport ist einmal auf vormilitärische Ausbildung und dort — wo es wirklich beim Sport bleibt — auf reine Rekordhascherei zugeschnitten. So gesehen, wird die Leipziger Veranstaltung vielleicht eine der wenigen sein, in der sich die Jugend reinen Sport- Wettkämpfen widmen kann. Aber niemand darf es den westdeutschen Vereinen verübeln, wenn diese unter den vorgenannten Umständen auf eine Teilnahme verzichten. Mätte die SED auf ein echtes gesamtdeutsches Turn- und Sportfest Wert gelegt, die Berliner hätten alle ehrlichen Sportler aus Ost und West — wenn sie ohne Transparente und Hinterabsichten kämen — freudig in ihrem Olympiastadion begrüßt. Damit wären jedoch alle Beweggründe entfallen, die die SED veranlaßte, eine derartige Veranstaltung nach Leipzig einzuberufen. Und jeder, der nach Leipzig geht, möge sich dazu das Passende überlegen.

Rehabilitierung

DI. Vier Monate lang hat es die SED-Führung verstanden, die antistalinistische Welle abzuwehren. Man übte gelegentlich sehr milde Selbstkritik und entließ auch Gefangene, doch zu entscheidenden Änderungen, wie etwa in Polen, kam es nicht. Wo Hochschulstudenten und untere Parteigremien aufbegehren, wurden sie abgewürgt. Die alte SED-Führung behielt die Zügel fest in der Hand. Ihr Gefährt kam nicht ins Holpern, gelangte aber auch auf keinen besseren Weg. Den Sowjets schien das nicht zu mißfallen, war ihnen doch in der DDR, als dem empfindlichsten Grenzland zum Westen, an einem stabilen Kurs scheinbarer Ruhe überaus gelegen, — auch wenn dieser Kurs nach alter Stalin-Direktive von alten Stalinisten gesteuert wurde.

Jetzt nun, nach langem zögernden Hinhalten, hat auch das Zentralkomitee der SED der Rehabilitierungstendenz des Ostblocks seinen Tribut gezollt. Es geschieht in einem Augenblick, da Ulbricht als der wirkliche Chef von Regime und Partei immer noch fest im Sattel der heruntergekommenen sowjetzonalen Mähre sitzt. Diese abgehetzte Mähre soll nun neuen, kräftigeren Hafer aus Moskau bekommen, was natürlich auch dem Reiter zugute kommen wird. Denn es ist nicht so, daß Moskau der Zone Investitionen, Kredite und sonstige Wirtschaftshilfe verspricht unter der Bedingung des Absteigens Ulbrichts. Im Gegenteil: Ulbricht selbst reiste noch kürzlich mit Grotewohl und den „bürgerlichen“ Mitläufern nach Moskau, um dort die Hilfeversprechungen entgegenzunehmen. Er kehrte mit geschwellter Brust zurück, und erst dann berief er das ZK ein, um sich lächelnd die offizielle Rehabilitierung seines früheren Widersachers Franz Dahlem nebst Genossen zu erlauben.

Diese Rehabilitierung braucht also durchaus nicht als Zeichen Ulbrichtscher Schwäche gewertet zu werden; sie könnte auch ein Zeichen bewußter Stärke sein. Im übrigen ist dieser Akt der Rehabilitierung mehr eine Formalität, um die antistali-

nistische Fortschrittlichkeit des Zonenregimes äußerlich zu bekunden. Denn Dahlem wie auch die übrigen von ihren Parteistrafen befreiten Kommunisten saßen nicht etwa hinter Gittern, sondern längst wieder in Funktionsrängen. Nun auch offiziell wieder anerkannt, dürften sie die bürokratische Leiter der Partei wieder aufwärts klimmen, und vielleicht wird Dahlem sogar wieder Mitglied des Politbüros. Ob er und seine Freunde aber Ulbricht erneut gefährlich werden können, muß bezweifelt werden. Wer einmal innerhalb der Partei tief stürzte, bleibt mit einem Schein von Verdacht behaftet, der ihm die Wiederholung des alten Spiels nicht gestattet.

Immerhin könnten in der Partei die Anhänger Dahlems und die Gegner Ulbrichts die Situation zu ihren Gunsten drehen und eine verstärkte Initiative entwickeln. Ihnen würde man mit der üblichen Dialektik schnell den Mund verbieten, trotz aller ZK-Beteuerungen, den Dogmatismus innerhalb der Partei abzuschaffen und eine parteiinnere „kameradschaftliche“ Diskussion zu entfalten. In der Führung aber, im ZK und im Politbüro sitzen seit Jahren die engen Mitarbeiter Ulbrichts, also die Vertreter des alten Stalinkurses, die keinen frischen Windstoß durchs Fenster lassen in der Angst, mit Ulbricht selbst weggehweht zu werden. So ist es auch ganz bezeichnend, daß die gestern veröffentlichte Selbstkritik des Zentralkomitees zwar verschiedene Mißstände eingesteht, dabei aber peinlichst die Nennung von Namen höherer Funktionäre vermeidet. Denn die Partei als Gesamtheit kann man ohne eigene Gefahr stets kritisieren und verantwortlich machen. Die eigentlichen Verantwortlichen jedoch klar zu nennen, scheut man sich begrifflicher Weise und wird man sich so lange im ZK scheuen, wie Moskau nicht auf eine wirkliche Säuberung der politischen Führung in der Zone besteht.

Nichtangriffspakt?

DI. Der ungarische und der tschechoslowakische Ministerpräsident haben soeben die Aufnahme diplomatischer Beziehun-

gen zur Bundesrepublik ange-regt, und in Prag wurde darüber hinaus sogar der Vorschlag eines deutsch-tschechoslowakischen Nichtangriffspaktes gemacht. Den Wunsch nach Wiederanknüpfung normaler diplomatischer Beziehungen mit diesen beiden Ländern teilt auch Deutschland: Gesamtdeutschland. Nichts steht der Wiederanknüpfung der früher fruchtbareren Beziehungen heute im Wege, außer der Tatsache, daß Deutschland gegen seinen Willen und gegen sein gutes Recht in zwei Teile gespalten ist. Aus Gründen wichtiger nationalpolitischer Interessen Gesamtdeutschlands hält es die Bundesregierung nicht für möglich, diese Spaltung durch den Austausch doppelter diplomatischer Missionen noch zu unterstreichen. An diesem Standpunkt hat sich bisher nichts geändert.

Nun ist die tschechoslowakische Anregung eines Nichtangriffspaktes mit der Bundesrepublik. Das Wort „Nichtangriffspakt“ klingt uns nicht gerade freundlich in den Ohren. Die totalitären Diktatoren haben mit den von ihnen abgeschlossenen Nichtangriffsverträgen in den letzten Jahrzehnten einen Mißbrauch getrieben, der zum Abschluß solcher Abkommen mit ihnen nicht gerade ermutigt. Man braucht nur an das Schicksal der Baltischen Staaten zu denken, die mit Moskau Nichtangriffsverträge und Beistandspakte mit feierlichen Nichteinmischungsklauseln geschlossen hatten, ohne daß ihnen dadurch die Unterwerfung und sogar die völlige Auslöschung erspart geblieben sind. Hitler und Stalin stehen hier mit gleicher Schuld auf gleicher Ebene. Die von ihnen herbeigeführte Tragödie der Nichtangriffsverträge reizt nicht zur Wiederholung. Der Weg der heutigen internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik führt nicht mehr zu bilateralen, sondern zu kollektiven Regelungen, die — mit einer kontrollierten Abrüstung verbunden — allen Beteiligten besser als bisher Friede und Sicherheit gewährleisten können. Ein europäisches kollektives Sicherheitssystem dieser Art ist auch das Ziel der Bundesregierung.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof I
Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Musterungsbescheide für 200000

Wie Bonn mit dem Aufbau der Bundeswehr beginnt

Bonn (Eigenmeldung). Die ersten Musterungsbescheide für die Bundeswehr, die im Herbst dieses Jahres verschickt werden sollen, erhalten etwa 200 000 junge Männer, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 geboren sind. Von den rund 100 000 Tauglichen aus dieser Gruppe sollen nach Mitteilung zuständiger Bonner Stellen im Laufe des Frühjahr 1957 etwa 40 000 bis 50 000 als erste Wehrpflichtige in die Kasernen einrücken. Der Rest soll im Herbst 1957 einberufen werden.

Der Jahrgang 1938 umfaßt etwa 450 000 Wehrpflichtige, von denen voraussichtlich gleichfalls jeder zweite für den Wehrdienst verfügbar sein wird. Die folgenden Jahrgänge von 1939 bis 1944 umfassen jeweils durchschnittlich 400 000 Wehrpflichtige. Die Angehörigen der „weißen Jahrgänge“ brauchen nicht vor der zweiten Hälfte des Jahres 1958 mit ihrer Einberufung zu rechnen.

Mit den Übungen für die Reservisten soll noch später begonnen werden. Diese Übungen werden für Mannschaften und

Keine Schäden durch Atomversuche

Bundesminister Strauß gibt Auskunft — Gutachten vorgelegt

Bonn (DPA). Die bisherigen Atom- und Wasserstoffbombenversuche haben weder Einfluß auf das Wetter noch verseuchen sie die Luft so stark mit radioaktiven Teilchen, daß irgendwelche gesundheitlichen Schädigungen zu befürchten sind. Das ist das Ergebnis einer sorgfältigen Untersuchung, die das Bundesatomministerium als Antwort auf die schriftliche Anfrage einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten vorlegt. Die Untersuchung ist von zwei Universitäts-Instituten vorgenommen worden. Außerdem hat sich der wissenschaftliche Beirat des Deutschen Wetterdienstes mit der Frage befaßt und ist zu dem gleichen Ergebnis gekommen.

Das Atomministerium betont in der Antwort, daß auch die beiden größten Kapazitäten unter den deutschen Kernphysikern, Prof. Hahn und Prof. Heisenberg, in ihren Auffassungen mit dem Ergebnis der Untersuchung übereinstimmen.

Unabhängig von dem Untersuchungsergebnis werde die Bundesregierung aber jede mögliche Vorsichtsmaßnahme treffen Übungen in einer Gesamtdauer der Bevölkerung zu begeben. Nach dem Ergebnis ist

es ausgeschlossen, daß die Atombombenexplosionen Einfluß auf das Wetter haben, weil die Energie einer Atombombenexplosion dazu nicht ausreicht. „Die Energie einer einzigen Gewitterwolke ist bereits um das Vielfache größer als die einer explodierenden Atombombe“, heißt es in der Erklärung des Ministeriums.

Regenfälle kann die Atombombe nur auslösen, wenn die freiwerdenden radioaktiven Teilchen in der Atmosphäre auf Tiefdruckgebiete stoßen und wenn außerdem nicht genügend natürliche Kondensationskerne für die Tropfenbildung vorhanden sind.

Diese Feststellung ergänzt das Ministerium noch durch das Gutachten der Wissenschaftler beim Bundeswetterdienst, in dem es ebenfalls heißt, daß die bei einer Bombenexplosion freiwerdenden Energien gering im Vergleich zu den Energien sind, die beim „großräumigen Wettergeschehen umgesetzt werden“.

Schlesien ist nicht polnisch!

Adenauer an Bulganin — Regelung durch Friedensvertrag

Bonn (AP/DPA). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat die Bezeichnung des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin, Schlesien sei „für immer polnisch“, kategorisch zurückgewiesen. Adenauer betonte, daß nach dem Potsdamer Abkommen Schlesien nur der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt und eine endgültige Regelung dem Friedensvertrag vorbehalten sei. Dies entspreche auch dem heutigen Standpunkt der Westmächte.

Wörtlich erklärte der Kanzler weiter: „Die Erklärung Bulganins ist ein erneutes Zeichen für

die Zweifel, die man in Polen selbst an der Dauerhaftigkeit und Gerechtigkeit der Oder-Neiße-Linie hegt.“ Sie zeige ferner, daß die Sowjetregierung trotz der von ihr proklamierten Abkehr von Stalin an dem von ihm geschaffenen Unrecht festhalte und weiterhin der Stalinischen Methode folge, internationale Abkommen durch eine Politik der vollendeten Tatsachen zu mißachten. Abschließend betonte der Bundeskanzler, daß die Bundesrepublik die deutschen Ostgebiete auf friedlichem Wege wiedergewinnen wolle.

Atempause am Suez-Kanal?

DT. Den ersten alarmierenden Nachrichten aus Ägypten folgt jetzt eine Atempause. Sie wird nicht lange andauern. Niemand vermag jedoch zu prophezeien, wie sich die Entwicklung am Suezkanal fortsetzen wird. Das dürfte vor allem von der Einstellung der ägyptischen Regierung abhängen, von ihrer Bereitschaft, sich auf Kompromisse einzulassen, die ihr die Westmächte anbieten werden.

Die Atempause hat nämlich eines ganz klargemacht: daß England, Frankreich und schon gar nicht die Vereinigten Staaten trotz des eklatanten ägyptischen Rechtsbruchs mit schlagartigen Gegenaktionen militärischer Art reagieren. Der Unbesonnenheit Nassers wurde die Besonnenheit der Londoner Beratungen der drei Westmächte entgegengesetzt. Dort waren offensichtlich die USA das bremsende, zurückhaltende Element. Sie sind nicht sosehr von der Verstaatlichung der Kanal-Gesellschaft betroffen wie Großbritannien oder gar Frankreich; sie fühlen sich zudem als natürliche und immer noch einflußreiche Vermittler in den heißen Auseinandersetzungen der arabischen Welt mit den alteuropäischen „imperialistischen“ Mächten und können vielleicht auch Öl auf die aufgewirbelten Wogen des Suezkanals gießen.

Das aber braucht seine Zeit. Plötzlich aufgeputschte nationale Leidenschaften und Er-

eiferungen müssen allmählich gedämpft werden, falls nicht das genaue Gegenteil eintreffen soll. Und es hat den Anschein, als käme diese nichts Überstürzende, von Besonnenheit diktierte Taktik des Westens den Ägyptern gelegen. Ihre Regierungssprecher bemühen sich jedenfalls um einen beruhigenderen Ton. Ob die Vernunft sich durchsetzen wird, muß allerdings dahingestellt bleiben in diesem Stadium demagogisch leicht entflammbarer Fanatismus, der bekanntlich stets Unbesonnenheiten gebiert. Der Bruch eines anerkannten Vertrages und damit des Rechts besteht und wird von Nasser sicherlich nicht rückgängig ge-

macht. Das sind offensichtlich auch die realistischen Überlegungen der Dreier-Konferenz in London, wenn dort von England und Frankreich ein „internationales Kontrollamt“ für die Sicherung der Wasserstraße vorgeschlagen wird, dem alle Länder der Konvention von 1883, also auch die Sowjetunion und Ägypten selbst, angehören sollen. Käme diese Überlegung zur Durchführung, dann würde man mit einer international garantierten Durchfahrt gleichzeitig die Enteignung der Gesellschaft durch Ägypten mehr oder weniger stillschweigend als Definitivum hinnehmen.

In dieser oder ähnlicher Form dürften die Westmächte mit Vorschlägen an Nasser heran-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Über 50 Tote auf der „Andrea Doria“

Rom (AP). Nach den neuesten Feststellungen ist damit zu rechnen, daß sich die endgültige Zahl der Opfer der Schiffskatastrophe noch auf über 50 erhöhen wird. Nach Mitteilung der italienischen Reederei lagen die Kajüten von 26 Vermißten in unmittelbarer Nähe der Stelle, an der die „Andrea Doria“ von der „Stockholm“ gerammt wurde. 25 Todesopfer stehen bereits einwandfrei fest; das Schicksal von weiteren 29 Personen ist noch nicht geklärt, doch ist anzunehmen, daß sie am Leben sind.

Das italienische Kabinett beschloß am Dienstag auf einer Geheim Sitzung, eine neue „Andrea Doria“ zu bauen, die etwa 3000 BRT größer als das gesunkene 29 000-BRT-Schiff werden soll. Die Bauzeit wird voraussichtlich zweieinhalb Jahre betragen.

Die ersten 44 Mann der Besatzung der gesunkenen „Andrea Doria“ sind mit dem Flugzeug in der Heimat eingetroffen. Sie wurden auf dem Flugplatz in Mailand von der Bevölkerung begeistert begrüßt.

Die italienische Schiffahrtsgesellschaft „Italia“, der die untergegangene „Andrea Doria“ gehörte, erklärte zu dem Schreiben, in dem sich 90 Fahrgäste über das Verhalten der Besatzung nach der Kollision beschwert haben sollen, dieses Schreiben sei von drei Gerette-

ten aufgesetzt und von 87 weiteren Geretteten an Bord der „Cape Ann“ in dem Glauben unterzeichnet worden, daß es sich um ein Dankschreiben an den Kapitän der „Cape Ann“ handele.

(Bild siehe Seite 8)

Kunstfrevel in Schlesien

Wien (AP). In Niederschlesien sind historische Bauten und Kunstwerke im Werte von mehreren hundert Millionen Zloty willkürlich zerstört worden, wie Radio Warschau berichtet. In vielen Fällen seien Schlösser, Paläste und Gebäude aus der Renaissance sowie wertvolle Kunstportale nur deshalb abgerissen worden, weil Neusiedler und Gemeinden Ziegel und Steine benötigten.

Adenauer gratuliert Weskamm

Berlin (KNA). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat dem Bischof von Berlin, Dr. Weskamm, zum fünfnten Jahrestag seiner Inthronisation gratuliert. In seinem Glückwunschsreiben gibt der Bundeskanzler seinem Wunsch für eine baldige völlige Wiederherstellung der Gesundheit des Berliner Bischofs Ausdruck. Auch der Bundesbevollmächtigte Dr. Vockel und der Amtierende Regierende Bürgermeister Amrehn übermittelten Glückwünsche.

Presseamt berichtet

Bonn (AP). Das Presseamt der Stadt Bonn erklärte, daß der sowjetzonalen Delegation aus Zwickau bei der Schumann-Gedenkfeier in Bonn die Sprecherelaubnis nicht verweigert worden sei. Die Delegation habe vielmehr „vorher ausdrücklich und unaufgefordert“ erklärt, sie beabsichtige nicht, bei der Kranzniederlegung eine Ansprache zu halten.

Dagegen hatte der Leiter der Delegation, der stellvertretende Zwickauer Oberbürgermeister Erich Linke, sich nach der Feier gegenüber Pressevertretern darüber beklagt, daß die Delegation keine Möglichkeit gehabt habe, zu sprechen.

So sind sie wirklich:

„Auch Marx, Genossen, lebte in England!“

Seit der letzten SED-Partei-konferenz gibt es das Schlagwort von der „Entfaltung der Demokratie“. Und seither legt jeder gute SED-Funktionär der oberen Equipe Wert darauf, turnusmäßig in irgendeiner Erklärung an dieser Entfaltung mitzuwirken. Die jüngste Äußerung dieser Art, mit der die Demokratie-Entfaltungs-Diskussion am Leben gehalten werden soll, stammt von dem „Nationale-Front-Vater“ Wilhelm Koenen.

Koenen ist heute kein Mann der Öffentlichkeit. Er leitet das Sekretariat für Volks- und Länderkammer, aber unter seinen Augen geht die kommunistische Parlamentsarbeit vorstatten. Und wenn es bis heute keinen einzigen an die Öffentlichkeit gedruckten Mißklang aus dem Osterliner „Reichstag“ gibt, dann haben die SED-Führer dies nicht zuletzt dem alten Fuchs Willi Koenen zu verdanken.

Hölz nannte ihn Bruder

Koenen wurde im April 1886 in Hamburg als Sohn eines Expedienten geboren. Er begann seine politische Karriere 1903 bei Bebels SPD und ein Jahr später im Handlungshelfenverband. Um die Jahrhundertverende war er Funktionär der „Sozialistischen Arbeiterjugend“, später Redakteur der SPD-Presse in Königsberg und Halle. 1917 wechselte er zur USPD und gehörte dann der KPD seit Gründung an. Bereits 1920 gehörte er zum Zentralkomitee der KPD, die ihn in den Reichstag delegierte.

In dieser Zeit verband ihn eine enge Freundschaft mit Max Hölz, dem „sozialistischen Räuberhauptmann“, der später in der Sowjetunion auf mysteriöse Art ums Leben gekommen ist. Hölz nennt Koenen in seinen Tagebuchaufzeichnungen „meinen besten Bruder“. Beide gehören zu den Initiatoren des verhängnisvollen „Mitteldeutschen Aufstandes“, wegen dessen Koenen 1923 — als man nach den Hintermännern zu fahnden begann

WILHELM KOENEN



— sein Reichstagsmandat verlor und in die Illegalität gehen mußte. Als sich die Wogen der Erregung glätteten, gab ihm die Partei in Berlin Unterschlupf bei Lex Endes „Rote Fahne“. Am 31. Januar 1933 war Koenen aus Deutschland verschwunden. Er ist der erste KP-Emigrant gewesen. „Eine zufällige Kurierreise“, sagt Koenen heute. Es gibt viele, die ihm diese und andere Emigrationsgeschichten verübeln.

„Moskau ist mir zu kalt“

Koenen ging nach Saarbrücken, dann nach Prag. Als die Mehrzahl der Prager Emigranten nach Moskau weiterreiste, hatte Koenen ein altes Leiden vorzuweisen. „Moskau ist mir um diese Jahreszeit zu kalt! Ich komme nach...“ Dann ging er nach Paris und mietete einen Schiffsplatz nach Dover. Die Engländer haben ihn bis 1942 interniert. Erst Sefton Delmer holte ihn 1944 zum „Soldatensender Calais“, in Wilton-Park glaubte man Koenen demokratisch umgeschult zu haben.

Koenen hat diese Umschulung nichts ausgemacht. Bei Kriegsschluß eilte er nach Halle zurück, wurde Redakteur des KP-Organ „Freiheit“ und bald Landesvorsitzender der sächsischen KPD. Auf dem „Vereinigungsparteitag“ nahm er im

neuen SED-Vorstand Platz und im Januar 1949 geriet er bereits wieder ins Zentralsekretariat. Seit 1950 ist Koenen Mitglied des Zentralkomitees der SED.

Von 1950—1953 leitete Koenen die Tätigkeit der „Nationalen Front“. Gleichzeitig kontrollierte er das Parlament, indem er die Posten der Sekretäre beider parlamentarischer Institutionen auf sich vereinte. Als 1950 die Verfolgung der „Westemigranten“ im Parteiapparat begann, erlebte Koenens Laufbahn ihre bisher schärfste Krise. Er wußte allen Anfeindungen mit der Gelassenheit des Parteiveteranen entgegenzusetzen: „Auch Marx, Genossen, lebte in England...!“ Er ist nahezu der einzige Englandemigrant der SED, der alle Parteiauerungen unbeschadet überstanden hat.

Ulbricht war ihm nicht gewachsen

Nur einmal, als man 1953 die Arbeit der „Nationalen Front“ revidierte, hat Ulbricht den Versuch gemacht, seinen Waffengefährten aus dem „Mitteldeutschen Aufstand“ zu Fall zu bringen. Auf einer Sitzung des SED-Zentralkomitees, die nur noch in wenigen Archivwerken nachzulesen ist, hat Koenen seinen 1. Parteisekretär nach allen Regeln ideologischer Demagogie auf den Rücken gelegt. Ulbricht kapitulierte vor Koenen und seither genießt der listig-verschlagene Funktionär unbegrenzte Achtung unter den Mitgliedern der Parteispitze. Seine Zunge ist gefürchtet und es gibt wenige, die mit ihm anzubinden wagen.

Das hat Koenen nicht daran gehindert, als politischer „Onkel Pelle“ auf Pionier-Veranstaltungen aufzutreten und die kuriossten Erklärungen wie seine jüngste zur „Entfaltung der Demokratie“ abzugeben. Seine Mitgenossen wissen nie, wie es der Spötter und Zyniker Koenen eigentlich gemeint hat. Das Unberechenbare und das Hintergründige heben diesen Koenen aus der Masse finsterner Politiks heraus, ohne ihn unbedingt sympathischer zu machen.

Es riecht an der Grenze . . .

. . . weil es noch merkwürdige SED-Verfügungen gibt

Nirgends wird die Zonengrenze härter und widerstandsfähiger empfunden als in Berlin, wo sie zuweilen den Bewohnern einer Straße zwei „Staatsangehörigkeiten“ verleiht. Aber daß es auch Grenzschwierigkeiten zwischen Ostberlin und der Sowjetzone gibt, ist nur wenigen vom Hörensagen bekannt. Der Fall Waldstraße 240 aus Berlin-Schmöckwitz ist nur eine von vielen Kuriositäten, die eine lebensfremde SED-Bürokratie zum unlösbaren Problem werden ließ.

Das Haus Berlin-Schmöckwitz, Waldstraße 240, wird von drei Parteien bewohnt, die Miete von der „Volkseigenen Wohnungsverwaltung Köpenick“ kassiert. Im Herbst 1952 platzten hier die Drüngerohre zur Fäkaliengrube, was mit einigen Geruchsauswirkungen verbunden war. Ließ eine Partei das Badewasser ab, trat die Fäkaliengrube über die Ufer des häuslichen Hofes, um nach erfolgtem Abfluß einiges liegen zu lassen.

Die volkseigene Verwaltung versprach Abhilfe. Im Winter darauf geriet das Haus in Verfall. Das Wasser sickerte in die Wohnungen und die Wände begannen zu schimmeln. An den Geruch hatte man sich inzwischen gewöhnt. Das ging drei Jahre! Im letzten Winter endlich bewilligte man die Gelder, nachdem das Grundstück fast um die Hälfte wertgemindert war. Und nun beginnt die eigentliche Geschichte . . . das Haus Waldstraße 240 gehört zwar zu Ostberlin, liegt aber in einem Zipfelchen, der genau in die Zone, nach Eichwalde, hineinragt. Unter diesen Umständen fand sich kein Handwerker, der das benötigte Material von weither aus Köpenick heranzutransportieren wollte. Man verwies auf den einige hundert Meter entfernt wohnenden Klempner von Eichwalde, der sich rasch bereit erklärte. Ehe dieser jedoch beginnen konnte, schritten die Behörden ein: Laut Verfügung der Regierung darf kein Handwerker aus der Sowjetzone in Ostberlin Arbeit annehmen, weil hier die Tarife höher liegen und in der Zone Handwerkermangel herrscht. Um die anrühige Sache zu beenden, war der Mann aus Eichwalde bereit, die Arbeit nach Feierabend zum ortsüblichen Tarif auszuführen. Das aber wäre Schwarzarbeit gewesen und wurde somit verboten.

Ende April dieses Jahres erschien die Köpenicker Seuchenkommission. Aber eine Arbeitsgenehmigung vermochte auch sie dem biederen Handwerker aus Eichwalde nicht zu erteilen. Und für Klempner aus Köpenick war wiederum eine andere Abteilung beim Rat des Stadtbezirks zuständig. So beschränkte man sich darauf, erst einmal die inzwischen eingetretenen Hausschäden zu reparieren. An der Fäkaliengrube vermochte man nichts zu ändern. Denn die nunmehr eingesetzten Handwerker bedurften dazu

einer Genehmigung für „außerhalb des Einsatzgebietes auszuführende Arbeiten“. Und eine solche Arbeit dürfen Ostberliner Handwerker wiederum nur dann ausführen, wenn sich „im Umkreis von 3 Kilometern“ kein Fachmann für die mitzuerledigende Arbeit befindet. Da ein solcher aber nur wenige hundert Meter entfernt in Eichwalde wohnt, und die entsprechende Verfügung den Eventualfall der Zonengrenze nicht einkalkuliert, muß entweder die „Volkskammer“ ein neues Gesetz verabschieden oder das sowjetzonale Eichwalde den Flecken Waldstraße 240 eingemeinden.

Man werfe also der SED nicht vor, sie schikaniere nur die Westberliner an der Zonen- und Sektorengrenze. Sie kann es nämlich mit den Ostberlinern nicht minder. Und dabei hat die SED-Bürokratie nicht nur in Ostberlin-Schmöckwitz Anrühiges geleistet.

Tausende unschuldig verurteilt

Was Ungarns Generalstaatsanwalt zugibt

Budapest (AP). Der ungarische Generalstaatsanwalt Non hat vor dem Parlament zugegeben, daß in den letzten Jahren Tausende von Menschen unschuldig ins Gefängnis geworfen oder zum Tode verurteilt worden sind. Er versprach, daß in Zukunft die sozialistischen Gesetze nie wieder „vergewaltigt“ werden, verbot jedoch jede Kritik an dem kommunistischen System.

Nach Mitteilung Nons sind seit 1954 23 000 Personen amnestiert worden. Die Überprüfung der „Rehabilitierungsfälle“ sei nahezu abgeschlossen.

Namentlich erwähnte Non folgende prominenten Kommunisten, die „auf Grund erlogener Anklagen abgeurteilt und nun nachträglich völlig rehabilitiert worden“ sind: Außenminister Rajk, Kaderchef Szönyi, Jugendführer Szalai, Generalstabschef Palffy und Polizeichef Solvom.

Weiter gab der Generalstaatsanwalt zu, daß die Politische Polizei in einer Reihe von Fällen die Angeklagten zu Schuldbekennnissen gezwungen hat. Alle Urteile, die in politischen

Prozessen gefällt worden sind, sollen daher überprüft werden. Gegen 54 ehemalige Offiziere und Beamte der Politischen Polizei sind Disziplinarverfahren eröffnet worden.

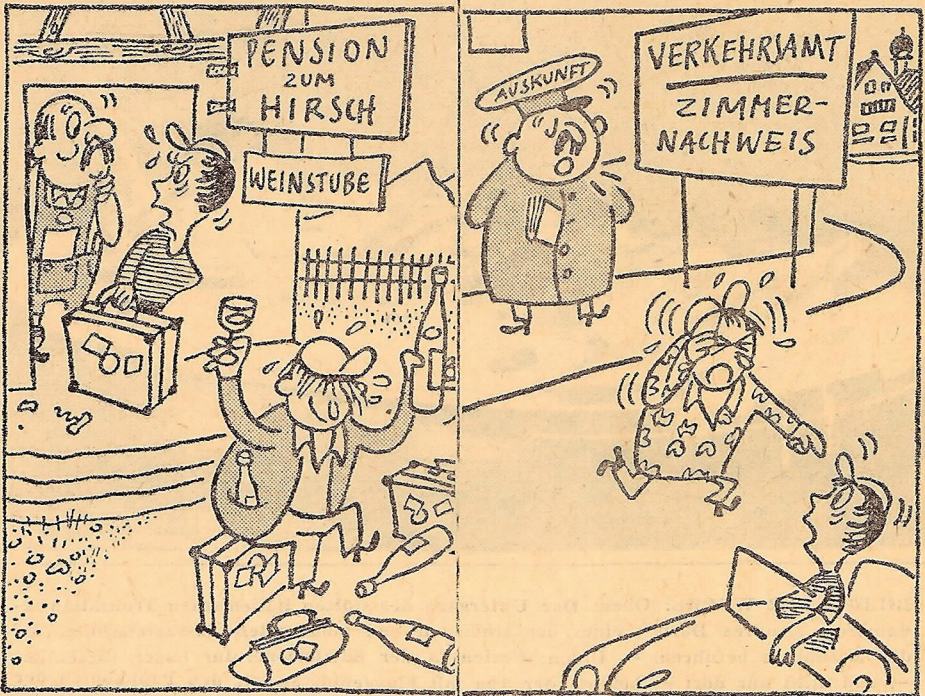
Es gelten die Grenzen von 1937

Bonn (DPA). Die Bundesregierung hält nach wie vor an der einmütigen deutschen Auffassung fest, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und die Oder-Neiße-Linie vom deutschen Volk nicht anerkannt wird. Dies wurde in Regierungskreisen in Bonn zu der Versicherung des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin erklärt, daß Schlesien „immer polnisch“ bleiben werde.

Nachfolger Sorins im September?

Bonn (DPA). Mit dem Eintreffen eines neuen sowjetischen Botschafters in der Bundesrepublik ist nach in Bonn vorliegenden Informationen erst Anfang September zu rechnen.

Reise im Urlaub



„Leider müssen wir die Pension wechseln, Herr Wieshuber, ich hätte das Schild „Weinstube“ übersehen!“

„Du hast die Reise vorbereitet! Wo ist das deutsch-bayrische Lexikon?“

Atempause am Suez-Kanal?

Fortsetzung v. Seite 4

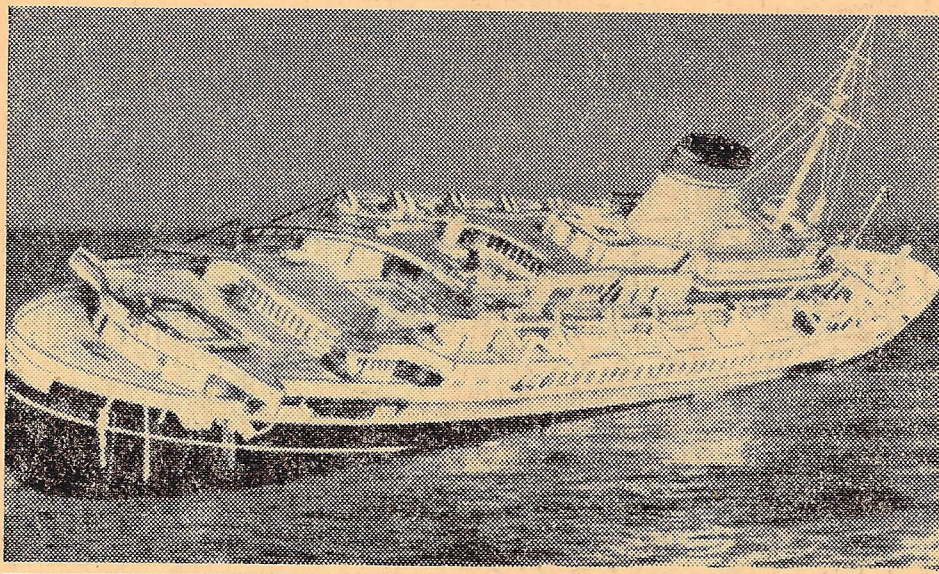
treten, Er käme vor der Welt in eine immer ungünstigere Position, wenn er Kompromißbereitschaft mit Kompromißlosigkeit beantwortet würde. Eine Verschärfung des Tones und der Handlungsweise gegenüber Ägypten müßte bei den Westmächten die Folge sein. Das würde sich in jedem Falle zumindest wirtschaftlich sehr schädlich für die Ägypter auswirken, zumal die Sowjets offensichtlich keine Lust haben, mit wirtschaftlichen Geschenken voll in die Bresche zu springen. Wer bei einem derartigen Gegendinander Ägyptens und der Westmächte den längeren Atem hätte, dürfte klar sein. Ein kompromißloser, fortgesetzt provozierender Nasser könnte eines Tages die ihm so hektisch ent-

gegengebrachten Sympathien seiner Untertanen verspielt haben, da nationaler Rausch auf die Dauer eben nicht eine wachsende Verelendung zu überdecken vermag. Daß er gegenwärtig durch seine Botschafter erklären läßt, nur ein Staat und keine internationale Gesellschaft könne die freie Durchfahrt durch den Suez garantieren, läßt allerdings die Zähigkeit vermuten, die er bei den voraussichtlichen Auseinandersetzungen mit den Westmächten schon aus Prestigegründen zur Schau stellen wird. Doch gleichzeitig bestätigt er damit indirekt die Notwendigkeit einer garantierten freien Durchfahrt überhaupt. Darauf aber kommt es im Endeffekt allen Ländern an, deren Schiffe den Kanal passieren.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.



BILDER DER WOCHE: Oben: Der Untergang des stolzen italienischen Transatlantikdampfers „Andrea Doria“, eines der schönsten und modernsten Passagierschiffe, die die Weltmeere befahren. — Unten: Ferien in der Sowjetzone. Im Lager Biesenthal — und nicht nur dort — beginnt der Tag mit Flaggenhissen vor den Pappköpfen der Machthaber.

